

Kleine Anfrage 2114

des Abgeordneten Péter Vida
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Ungereimtheiten bei der Seenutzung in Grünheide

Gemäß Vermögenszuordnungsvereinbarung vom 01.09.2014 bzw. 20.08.2014 erhielt die Gemeinde Grünheide vom Land unentgeltlich den Liebenberger See und den Bauernsee nebst wahrscheinlich einigen zugehörigen Ufergrundstücken. Die Gesamtfläche der übergebenen Liegenschaften beträgt ca. 100 ha. Dem ging das Übernahmeangebot des Landes Brandenburg vom 27.11.2013 an die Gemeinde Grünheide voraus.

Zur Sitzung der Gemeindevertretung am 27.03.2014 wurde der Übernahmebeschluss mit Beschlussvorlagen-Nr. 0013/14 und dazugehörigem Beschluss 08/01/14 für die genannten Liegenschaften mehrheitlich gefasst. In diesem Beschluss ist auch festgehalten, dass mögliche Pachtverträge mit zukünftigen Seenutzern der Gemeindevertretung zur Genehmigung vorzulegen sind.

In der Gemeindevertretersitzung am 05.03.2015 wurden unter TOP 11 und 12 die Pachtverträge mit den zukünftigen Nutzern mehrheitlich beschlossen. Ein Gemeindevertreter wies noch auf das Nichtvorliegen der Pachtverträge während der Gemeindevertretersitzung hin.

Ich frage die Landesregierung:

1. Sind die am 05.03.2015 gefassten Beschlüsse im Innenverhältnis rechtmäßig zustande gekommen, wenn kein Gemeindevertreter Gelegenheit hatte, die Pachtverträge einzusehen?
2. In den Beschlussvorlagen zu TOP 11 und 12 kommt u. a. der Passus *„des vorliegenden Fischereipachtvertrages bzw. des vorliegenden Vertrages zur Nutzung kommunaler Binnengewässer ...“* vor. Spätestens zu Beginn der Gemeindevertretersitzung hätte der Bürgermeister die Gründe für das Nichtvorliegen der beiden Pachtverträge erläutern müssen bzw. die beiden Beschlussvorlagen von der Tagesordnung nehmen müssen. Beides tat er nicht.

Wie ist es mit dem Transparenzgebot vereinbar, dass die abzustimmenden Verträge den Abstimmenden nicht vorlagen? Inwiefern wird hierdurch das sich aus § 29 BbgKVerf ergebende Recht der Gemeindevertreter verletzt?

3. Beide Pachtverträge waren zum Zeitpunkt der Gemeindevertretersitzung am 05.03.2015 bereits vom Bürgermeister unterschrieben worden. Gemäß § 5 der Hauptsatzung der Gemeinde Grünheide entscheidet die Gemeindevertretung bei Geschäften über 5.000 €. Beide Summen werden bei 20 Jahren Laufzeit der beiden Pachtverträge deutlich überschritten.

Warum schreitet die Kommunalaufsicht angesichts der Verletzung der Hauptsatzung nicht ein? Welche Möglichkeiten hat die obere Kommunalaufsicht, tätig zu werden? Wird sie diese Möglichkeiten nutzen?